

Die „Vorblätter“ erscheinen täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Weimargebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 13.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Die neugegründeten Monatshefte über den Raum kosten 4.— M. einschließlich Postentwurf. Kleine Ausgaben: Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postentwurf. Versandfreigelegene laut Wort, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Aufgaben der Reparationskommission

Die „Garantien“ für Frankreich

Die Reparationskommission ist in Berlin eingetroffen. An ihre Anwesenheit in Deutschland wird von einer Reihe von Blättern die Hoffnung geknüpft, daß sie sich von der Leistungsfähigkeit Deutschlands überzeugen und billigere Bedingungen für die Erfüllung des Londoner Ultimatums vereinbaren werde. Diese Hoffnung kann schon jetzt als eine Illusion bezeichnet werden.

Die Wiedergutmachungskommission, die ihren Hauptsitz in Paris hat, nach ihrem Belieben aber auch an anderen Orten zusammenzutreten kann, soll über die Ausführung des Friedensvertrages wachen und „von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und die Leistungsfähigkeit Deutschlands prüfen“. Sie hat die weitestgehende Vollmacht zur Überwachung und Vollstreckung im Beiräte der Wiedergutmachung; sie soll alle Beschwerden prüfen und der deutschen Regierung angemessene Gelegenheiten geben, gehört zu werden; sie kann auch selbständige Entscheidungen fällen. Wenn aber Deutschland mit der Erfüllung irgendwelcher Verpflichtung im Rückstand bleiben sollte, so hat die Kommission diese Versäumnis sofort den Alliierten mitzuteilen und gleichzeitig die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen. Schon daraus ist ersichtlich, daß die Reparationskommission in allen wichtigen Fragen, die die Erfüllung des Friedensvertrages oder der sonstigen Vereinbarungen entscheidend beeinflussen könnten, den endgültigen Spruch den Alliierten selbst überlassen muß.

Die Kommission ist durch keine Gesetzgebung für ihre Arbeiten gebunden; sie soll sich leiten lassen von der Gerechtigkeit, der Billigkeit und von Treu und Glauben. Da aber in der Hauptsache die Vertreter der großen Entente-Staaten an den Beratungen der Kommission teilnehmen, so ist ohne weiteres klar, daß sie nichts anderes tun werden, als was den Interessen ihrer Regierungen entspricht. Wir wissen, daß die schönen Worte, in die sie Aufgabe der Kommission gekleidet ist, lediglich eine andere Formel für imperialistisches Machstreben darstellt, und daß nicht die Gerechtigkeit, sondern die Gewalt noch immer die Stunde regiert. Die Reparationskommission wird also die Verhältnisse in Deutschland prüfen und nur, wenn die Interessen des Entente-Kapitalismus dabei besser fahren sollten, so könnten gewissen Erleichterungen Veränderungen in der Ausführung der Wiedergutmachung zugestanden werden. Ob es jetzt schon soweit ist, kann man aber sehr bezweifeln; die Alliierten wissen so gut wie wir, daß die bestehenden Klassen noch nicht im entferntesten nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Reichs herangezogen worden sind; ihnen ist auch nicht unbekannt, daß der katastrophale Marksturz in der Lage der deutschen Wirtschaft, so schlecht sie auch sein mag, nicht ihre volle Begründung findet, sondern daß er durch das egoistische Treiben gewisser kapitalistischer Kreise wesentlich verstärkt wurde.

Kun wird in einem Pariser Blatte behauptet, daß in gewissen anglichen Finanzkreisen in Berlin, denen der englische Botschafter Lord d'Albion nicht fernsteht, ein Projekt der deutschen Regierung für die Reparationszahlungen erwogen werde. Es würde sich darum handeln, Deutschland gegen gewisse Garantien ein wirkliches Moratorium auf mehrere Jahre zu gewähren, während der Deutschland keine Reparationszahlungen zu leisten hätte. Es ist anzunehmen, daß es sich bei jeder Redung nur um einen Versuchsbalkon handelt. Der Reparationskommission wird von französischer Seite von vornherein die Aufgabe zugewiesen, sich nicht auf finanzwirtschaftliche Erwägungen einzulassen, sondern allein nach machtpolitischen Grundätzen zu handeln. In der Pariser Presse wird schon gesagt, daß die Verwirklichung dieses Projekts den Verzicht Frankreichs auf alle Entschädigungen bedeuten würde, darunter hätten die militärischen Siege Frankreichs zu leiden, und das müßte politische Folgen haben. Frankreich brauche aber „Garantien“. Die deutsche Regierung behauptet zwar, daß sie solche nicht geben könne, weil z. B. die Wälder nicht Eigentum des Reiches, sondern der Länder seien. Frankreich könne sich aber auf solche Unterschiede nicht einlassen, sonst hätte der französische Steuerzahler die Lasten des Sieges und des Wiederaufbaus zu tragen.

Auf dieselbe Tonart waren die Ausführungen des Berichterstatters des Finanzausschusses der Lokentrie in der gestrigen Sitzung der französischen Kammer. Er sagte, daß der Sturz der deutschen Mark zwar den gelblichen, aber nicht den wirtschaftlichen Bankrott herbeiführen würde, weil Deutschland seine gesamte wirtschaftliche Ausrüstung bewahre. Durch den Sturz der Mark werde der Mittelstand in Deutschland grausam in Mitleidenhaft gezogen, und dieser zeige die Tendenz, sich aus der Verzweiflung der extremen Linken oder Rechten anzuschließen. In Deutschland gebe es nur einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne. Aber die Alldeutschen unternehmen alles, was sie können, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Frankreich habe durch das Abkommen von Wiesbaden zur Erleichterung der gelblichen Lage Deutschlands beigetragen. Die Ursache des Marksturzes sei die Unordnung der deutschen Finanzen; die Zahl der Beamten sei beträchtlich erhöht worden, namentlich in ehemalige Offiziere unterzubringen. Die Garantiekommission müsse jetzt die Kontrolle der Steuereinnahmen und des gesamten Devisenhandels in Deutschland übernehmen. Für den nächsten Verfallstag müsse Deutschland im Auslande die Kredite erlangen, die es nötig habe. England und

Amerika schwämmen im Golde, litten aber unter Arbeitslosigkeit. Entweder Deutschland oder Frankreich bezahle. Einen Mittelweg gebe es nicht.

Es ist nicht sicher, daß die Auffassungen der anderen Alliierten mit den französischen Forderungen übereinstimmen. Das „Journal“ teilt mit, daß die Reise der Reparationskommission nach Berlin gegen den Willen des französischen Vertreters unternommen worden sei. Dieser habe von seiner Regierung, als er nachgeben mußte, den Auftrag bekommen, sich auf bestimmte Untersuchungen zu beschränken und sich davon zu überzeugen, ob das Reich die vom Garantiekomitee vorgeschlagenen Maßnahmen für die künftigen Zahlungen ergreifen habe. Diese Maßnahmen beständen in einer scharfen Verminderung der Ausgaben, namentlich in einer Reorganisation der Eisenbahnen und der Post, die immer Defizite aufweisen. Ferner soll kontrolliert werden, ob Deutschland auch Maßnahmen getroffen hat, um die Eintreibung der Steuern zu sichern. Bei der Gewährung von Zahlungsausschüben würde Frankreich nicht mitmachen. Diese Haltung sei begründet, weil Deutschland nichts getan habe, sein Wort zu halten. Theoretisch habe Deutschland durch das Wiesbadener Abkommen guten Willen bekundet, doch habe es noch nicht die notwendigen Steuern eingeführt. Der deutsche Bankrott könne Frankreich keine Furcht einflößen, denn Frankreichs Pfänder bleiben immer bestehen, man müsse sich nur ihrer bemächtigen. Doch Frankreich könne ja allein handeln, wenn die Einstimmigkeit in der Kommission nicht erzielt würde.

Wie man sieht, hat also die von den Rechtsparteien betriebene Katastrophentheorie bereits ihren Widerhall in den nationalistischen Kreisen Frankreichs gefunden. Es wäre nun richtig, darauf zu hoffen, daß die Wiedergutmachungskommission Deutschland bestimmte Erleichterungen gewähren würde, bevor nicht alle Möglichkeiten zum Wiederaufbau der Staatswirtschaft und zur Erfüllung der Reparationen erschöpft sind. Deshalb muß jetzt um so energischer die Heranziehung des Besizes zu den Lasten des Reichs erfolgen und um so schneller muß die Erfassung der Sachwerte durchgeführt werden.

Eine neue Note an Ungarn

Budapest, 10. November.

Am 5. November, nachmittags, überreichten die Budapester Vertreter der Entente-Hauptmächte im Auftrage des Pariser Botschaftsrates der ungarischen Regierung eine Note, in der mitgeteilt wurde, daß der auf die Ablehnung der Habsburger Dynastie bezügliche ungarische Geheimentwurf zu Mißverständnissen Anlaß geben und unter solchen Umständen eine Abklärung der Meinungen nicht erwartet werden könne. Gleichzeitig wies die Note auf die Notwendigkeit hin, daß die Entscheidung der Nationalversammlung vollständig präzise sein müsse und keine Möglichkeit zu der Vermutung bieten dürfe, daß sich Ungarn der Gültigkeit der vollständig klaren Entscheidung der Großmächte vom 4. Februar 1920 und vom 2. April 1921 zu entziehen beabsichtige, welche alle Habsburger von dem Rechte, den ungarischen Thron zu bestiegen, ausgeschlossen hat.

Die ungarische Regierung hat diese Ermahnung des Pariser Botschaftsrates noch am selben Tage in einer Note beantwortet und darauf hingewiesen, daß sich der ungarischen Regierung im Rahmen des Paragraphen 3 des von der ungarischen Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommenen Gesetzes die Möglichkeit biete, dem jetzt zum Ausdruck gebrachten Wunsche der Großmächte Genüge zu leisten, sich zu fügen und ohne Zustimmung der in der Botschaftskonferenz vertretenen Mächte in der Frage der Königswahl keine Verfügungen zu treffen.

Schwankungen am Devisenmarkt

An der heutigen Börse setzte der Kurs für den Dollar mit 248 ein, er befestigte sich aber wieder, gegen Mittag stand er bereits auf 270. Da aber von New York ein Markkurs von 0,40 gemeldet wird, was einer Parität für den Dollar mit 240 entspricht, so erkennt man deutlich den Versuch der deutschen Spekulation, die ausländischen Devisen künstlich in die Höhe zu treiben.

Das Anziehen der Mark

London, 10. November.

Laut „Daily Chronicle“ ist das starke Anziehen der Mark an der gestrigen Börse in der Hauptsache auf große Käufe von Seiten Südamerikas zurückzuführen, das beträchtliche Handelsbeziehungen mit Deutschland unterhält.

Die Entwicklung der Devisenkurse

	1921	3. Jan.	27. Jan.	1. April	1. Juli	1. Okt.	8. Nov.	9. Nov.
Holland	2307,70	1855.—	2162.—	2468.—	3010.—	10850.	9400.—	
Schweiz	1123,80	877,50	1085.—	1202,50	2137 1/2	5670.	5075.—	
Paris	432,25	400,50	435.—	601.—	871.—	2250.	2000.—	
London	260,82	213.—	245,50	279,50	454.—	1215 1/2	1085.—	
Italien	263,25	210.—	256,50	300,50	405.—	1278.—	1048.—	
New York	74,30	55,25	62,50	74,25	123,25	305.—	247.—	

Die sozialistische Regierung in Thüringen

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Unter dem schärfsten Protest der bürgerlichen Parteien ist die sozialistische Regierung in Thüringen gebildet worden; im Kampf gegen die Einheitsfront der Bourgeoisie hat das sozialistische Kabinett seine Arbeit begonnen. Das Wort von der „einen reaktionären Masse“ ist in Thüringen und überall da, wo Sozialisten die Regierungsgewalt in den Händen haben, Wirklichkeit geworden. In allen ihren Maßnahmen begegnet die thüringische Regierung der unversöhnlichen Gegnerschaft des Bürgertums, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen.

Am schärfsten hat der Kampf von Anfang an eingesetzt um das neugeschaffene Kultusministerium. Selbstverständlich nur aus dem Grunde, weil ein unabhängiger Sozialdemokrat, der Genosse Greil, ehemals Volksschullehrer und zuletzt Bezirksschulrat in Gera, ein anerkannt bahnbrechender Pädagoge, der das Vertrauen der gesamten fortschrittlichen Lehrerschaft genießt, zum Kultusminister gewählt wurde. Das brachte das Bürgertum in Harnisch. Im Thüringer Landtag war es besonders der demokratische Professor Rosenthal-Jena, der den Kampf gegen den Kultusminister führte. Das höhere Schulwesen, namentlich die Universität Jena, werde in Gefahr kommen, wenn ein Volksschullehrer das gesamte Unterrichtswesen verantwortungsvoll zu leiten habe. Man kennt die lieblichen Argumente der Reaktion aus dem langen und zähen Kampf um den Berliner Stadtschulrat. Immer, wenn die Bourgeoisie ein Privilegium preisgeben soll, greift sie zu dem schäbigen Mittel schamloser Heuchelei. In Thüringen ging sie soweit, Greil mit Goethe zu vergleichen, wobei sie natürlich vergaß, zu erwähnen, welche Männer zwischen Goethe und Greil als Kultusminister in Weimar amtierten. Vor Greil war es z. B. der Demokrat Paulsen, ein verdorrter, bezopfter Verwaltungsbureaucrat, der in einer schwachen Stunde eingestand, daß er von Kultusangelegenheiten keine Ahnung habe. Tatsächlich ist während seiner Ministerchaft in Schul- und Erziehungsfragen nicht ein Finger gerührt worden. Das hindert aber die Demokraten nicht, mit der Reaktion in der Verunglimpfung und Verleumdung des sozialistischen Kultusministers zu wetteifern. Sie bekämpfen Greil aus wohlverstandenen Klasseninteresse und Ständesüßholz; sie wissen, daß ihnen ein energischer und zielstarrer sozialistischer Schulmann gegenübersteht, der entschlossen ist, mit der Einheitsfront ernst zu machen. Nichts ist den bürgerlichen Parteien so zuwider, als die Durchführung der absoluten Gleichberechtigung in der Schule. Vesth und Bildung sind ihnen noch immer identisch, und in der Verteidigung der kapitalistischen Klassenschule gegen die planmäßige sozialistische Schulreform finden wir die „Demokraten“ an der Seite der reaktionären Parteien.

Selbstverständlich wird die sozialistische Schulreform nicht an der Spitze des Gebäudes, sondern an den Fundamenten, d. h. mit der Volksschule, beginnen. Mit dem aus dem bürgerlichen Klasseninteresse herausgeborenen Bildungsideal der Heranzüchtung einer kleinen intellektuellen Oberschicht, wird gebrochen werden müssen. Die der Gesellschaft gestellten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben verlangen eine Vertiefung der Bildung im allgemeinen. Volksschule und Volksbildung müssen neue Mittel und Kräfte zugeführt werden, sie müssen umgeformt und mit neuem Geiste erfüllt werden. Das ist angesichts der Widerstände, namentlich aus der reaktionären Schulbureaucratie heraus, freilich eine Riesenaufgabe, die in einem Zuge nicht zu lösen ist. Aber daß dies das Grundproblem der nächsten sozialistischen Schularbeit ist, liegt auf der Hand, und es muß unter allen Umständen in Angriff genommen werden. Eine wesentliche Umgestaltung der thüringischen Schulgesetzgebung, soweit das im Rahmen der Reichsverfassung möglich ist, dürfte deshalb nicht mehr lange auf sich warten lassen. Daß dabei die höheren Schulen und die Universität in Jena in ihrem tatsächlichen Bestande nicht angetastet werden, bedarf besonderer Betonung nicht. In dem früheren Landtage haben die sozialistischen Parteien und ganz besonders die Unabhängige Sozialdemokratie nicht einen Augenblick gezögert, der Jeneser Universität alle zu ihrer Weiterführung und Verbesserung notwendigen Mittel zuzuführen. In dieser Hinsicht kann das Bürgertum den sozialistischen Parteien nichts vormachen. Darum geht es im Grunde genommen auch gar nicht. In Wirklichkeit handelt es sich um folgendes: Der Plan der Einheitsfront, der in seiner letzten Auswirkung auch die Universitäten aus Bruchstücken bornierten Kastengetriebes und politischen Mordens in wahre Fortschritts- und Bildungsstätten verwandelt, soll zuhanden genommen werden! Da will das Bürgertum beizeiten vordauern; es will die Dinge überhaupt nicht erst in Fluß und zur Entwicklung kommen lassen. Und was liegt da näher, als den Kopf der sozialistischen Schulpolitik, den sozialistischen Kultusminister, zu treffen! Das ist der wahre Sinn der Schulkämpfe in Thüringen, die ja erst in ihren Anfängen stehen. „Umstürzer“, „Schulanarchie“, „Kulturkampf in Thüringen“, so hallt es durch einen großen Teil des bürgerlichen Blätterwaldes. Die sozialistische Regierung hat den Mut bes

essen, das Reformationsfest, ein altes Requirat der früheren Staatskirche, als geschichtlichen Feiertag aufzuheben und an dessen Stelle den 9. November als geschichtlichen Feiertag einzuführen. Das hat die Reaktion, alle frömmelnden Demagogen und Pfaffen aus Rand und Band gebracht. Stürme und Stürmchen wurden entfacht, die Regierung mit Protesten belagert. Schließlich wurde den frommen Gemütern unter der Lehrerschaft zugestanden, daß die Feier des Reformationsfestes frei sei. Das haben die fanatischen Schulbureaucraten zu wüster Demagogie benutzt. Aufgehobene Kinder wurden zu Demonstrationen mißbraucht und in die Kirchen getrieben. Man sieht, die geringste Toleranz und Nachgiebigkeit gegenüber dieser Reaktion führt zu empfindlichen Rückschlägen. Wer aber Schulanarchie und Kulturkampf heraufbeschwört, das hat die Reaktion durch den Mißbrauch des Reformationsfestes gezeigt. Und wiederum ist es die „demokratische“ Presse bis zum „Berliner Tageblatt“, die über diese Vorgänge ganz im Sinne der reaktionären Drahtzieher berichtet. Uns überrascht das keineswegs, wir merken es nur. Die letzte Zeit hat der Beispiele zu viele gebracht, daß das Bürgertum in Erziehungsfragen, von wenigen weiterblickenden Eingängern abgesehen, eine einheitlich reaktionäre Auffassung vertritt; das gemeinsame materielle Klasseninteresse bedingt auch im wesentlichen gemeinsame Bildungsgrundzüge.

Die hier behandelten ersten Kämpfe um die Schul- und Erziehungsfragen sind nur ein Beispiel, welchen wohlorganisierten, rücksichtslosen Widerstand die bürgerlichen Parteien jeder Maßnahme der sozialistischen Regierung entgegensehen. Die eigentlichen Auseinandersetzungen stehen aber noch aus: der feste Griff in die reaktionären Bureaokratenester, die sozialistische Organisation der Verwaltung und aller wichtigen Regierungsorgane. Und doch ist um diese unheimlich schwierige und komplizierte Maßregel nicht herumzukommen, wenn anders die sozialistische Regierung sich nicht selbst zu völliger Ohnmacht und Unfruchtbarkeit verurteilen will. Aber die Schwierigkeit der Aufgabe entspricht durchaus ihrer Größe und ihrem Wert. Trotz vieler Mängel und Unvollkommenheiten sind diese Positionen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den Sozialismus. Der 9. November ist nur in Braunschweig, Thüringen und Sachsen, den Ländern mit sozialistischen Regierungen, geschichtlicher Feiertag, und Enthüllungen, wie die Lipinski, aber die Organisation der Gegenrevolution sind nur möglich durch einen sozialistischen Regierungsapparat.

Bolschewistische „Amnestie“

Die „rote Fahne“ gab gestern eine Meldung wieder, wonach die für die Soldaten der antibolschewistischen Armeen erlassene Amnestie sich auch auf die wegen gemeiner und politischer Verbrechen zu Gefängnisstrafen in Sowjetrußland Verurteilten erstreckt. Das kommunistische Organ knüpfte daran eine Verherrlichung der Sowjetregierung, die ihren schlimmsten Feinden Straffreiheit gewähre, während in Deutschland Tausende tapferer Klassenkämpfer hinter den Justizausgittern schmachten.

Ganz abgesehen davon, daß es für die kommunistische Sowjetregierung keine besondere Ehre ist, wenn zwischen ihr und der von bürgerlichem Klassegeist erfüllten Regierung in Deutschland eine Parallele gezogen wird, ist die Verherrlichung der angeblichen Toleranz der Sowjetregierung eine widerliche politische Heuchelei. Die „rote Fahne“ muß wissen, daß die meisten der in den russischen Gefängnissen schmachtenden politischen Gefangenen nicht auf Grund von Gerichtsurteilen, sondern auf Grund der Verfügungen der „Außerordentlichen Kommissionen“ eingekerkert sind. Tausende von Proletariern, darunter zahlreiche Genossen, die seit Jahrzehnten in der revolutionären Bewegung stehen, schmachten noch heute, ebenso wie unter dem Zarismus auf Grund willkürlicher administrativer Bestimmungen in den Kerzern. Auf sie erstreckt sich auch die am 7. November erlassene Amnestie nicht. Sie werden nach wie vor von der Sowjetregierung als schlimmste Feinde betrachtet, schlimmer als die Weißgardisten, schlimmer als die Spekulanten, Diebe und kommunistische Sowjet-

beamten, die wegen Unterschlagungen, Bestechungen usw. in die Gefängnisse gesteckt wurden.

Wenn das kommunistische Zentralorgan nur eine Spur von Ehrgefühl hätte, würde es nicht gewagt haben, die Sowjetregierung den in Deutschland Herrschenden als glorreiches Vorbild vor Augen zu führen. Wir sind gewiß dafür, mit aller Energie dafür zu kämpfen, daß die politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen und Justizhäusern Deutschlands schmachten, endlich befreit werden und unsere Genossen in den Parlamenten vernehmen keine Gelegenheit, um mit altem Nachdruck für die von unserer Partei geforderte politische Amnestie einzutreten. Aber die Kommunisten sollten in dieser Frage recht vorsichtig sein. Sie sind es, die durch ihre blöde Unschicklichkeit die moralische Verantwortung für Hunderte eingekerkelter Proletarier tragen; sie sind es, die durch die feige Anekdote ihres früheren Vorstehenden Brandler die Lage der politischen Gefangenen verschlechtern, und sie sind es, die durch die Verherrlichung der Sowjetregierung die durch ihre Praxis den Sozialismus kompromittiert, den Kampf um die politische Amnestie in Deutschland nur erschweren.

Zweierlei Recht

Der für Zeitungsverbote zuständige Beschwerdeausschuh des Reichsrats hat die Beschwerden des Verlags des „Kommunist“ in Stuttgart, der „Rote Fahne“ in Mannheim sowie des „Kommunist“ in Frankfurt a. M. wegen Verbots durch das Württembergische Ministerium des Innern verworfen. Dagegen wurde den Beschwerden des Verlags der „Mitteldeutschen Presse“ und „Stutturter Tageblatt“, der „Deutschnationalen Arbeiterzeitung“ in Stuttgart sowie der „Deutschen Einheitsfront“ in Magdeburg wegen Verbots durch den Regierungspräsidenten in Magdeburg und die Polizeidirektion in Stuttgart stattgegeben und diese Zeitungsverbote aufgehoben.

Gute Zeiten für Hochverräter

Ganz wie in Deutschland

U. S. Budapest, 8. November.

Die Führer und Teilnehmer des letzten Karl-Putsch werden ausnahmslos straffrei gelassen. Nachdem Stephan Friedrich bereits wenige Tage nach dem Zusammenbruch des Putsch auf freien Fuß gesetzt wurde, ist nunmehr auch Graf Andrassy unter dem Vorwand, er habe zur Zeit der Ankunft Karls „nur zufällig“ in Odenburg gewohnt, entlassen worden. Dieser Vorwand ist um so lächerlicher, als bekanntlich Andrassy Außenminister im „königlichen Kabinett“ Kaschau gewesen ist. Man merkt deutlich, daß einflussreiche Kreise am Werke sind, um eine Befreiung der Legitimisten zu verhindern. Tatsächlich wird im Justizministerium bereits ein Amnestieentwurf ausgearbeitet, der allen Teilnehmern des Karl-Putsches Straffreiheit gewähren soll. Die übrigen politischen Verbrechen werden von dieser Amnestie nicht betroffen, die Verurteilten aus der Zeit der Revolution und der Kabinettskriege bleiben also weiterhin in Haft.

Generalstreik in Rom

Rom, 10. November.

Gestern früh kam es bei der Ankunft der Züge, welche die Teilnehmer zu der anlässlich des Faschistenkongresses stattfindenden Demonstration der Faschisten in die Stadt brachten, zu ersten Zusammenstößen zwischen Eisenbahnern und Faschisten. Indem sie sich durch den Pfiff einer Lokomotive selbständig erklärten, griffen Faschisten den Lokomotivführer und seine Begleiter an, wobei der erstere schwer verwundet wurde und kurz darauf im Spital starb. Die proletarische Verteidigungskommission trat sofort mit den Vertretern der Arbeitskommission, der Sozialistischen und der kommunistischen Partei sowie der Geschäftsleitung in Verbindung, die gemeinsam den Generalstreik beschlossen, der schon um Mitternacht begann. Die Straßenbahnen und die Angestellten der Vorortbahnen waren schon vorher wegen faschistischer Provokationen in den Streik getreten.

Die demaskierten Bürgerlichen

Ein reaktionärer Vorstoß in Sachsen

Die deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Die Minister Lipinski und Fleißner haben nicht das Vertrauen der sächsischen Volksovertreter.“

Dieser interessante Antrag der unsern Genossen zur Ehre gereicht, wird voranlässlich zusammen beraten werden mit Erklärungen, die in der Dienstagssitzung des Landtages von den Deutschnationalen und Deutschen Volksparteilern abgegeben wurden. Die Rechtsparteien wie die Bürgerlichen insgesamt, sind außerordentlich erbittert über die Enthüllungen Lipinski in bezug auf die Drageschumtriebe. Vom Tage der Enthüllungen an inbrennender sie eine lebhafteste Presselampagne zu dem Zwecke, wenigstens die öffentliche Meinung irrezuführen. Es liegt aber derartig belastendes konkretes Beweismaterial vor, daß die zahlreichen „Berichtigungen“ nur die Verlogenheit der Bürgerlichen unterstreichen. Auch war in der Dienstagssitzung des sächsischen Landtags erklärt wurde, trotz den Stempel der Unwahrhaftigkeit und der Stimmungs-mache auf der Stirn. Die Bürgerlichen beschwerten sich darüber, daß durch die Veröffentlichung des Materials in ein schwebendes Untersuchungsverfahren eingegriffen würde und daß die verbreiteten Tatsachen und Nachrichten, selbst wenn sie richtig wären, im Interesse des Reiches geheim gehalten werden müßten. Es könnte den Herrschenden so passen, wenn die Vertreter des Proletariats über ihre hochverräterischen Untriebe auch noch während die Hände halten würden; sie verwechseln, wenn sie von Schäden sprechen, Ursache und Wirkung. Es kommt darauf an, die konträrevolutionäre Sumpfpflanze auszurotten. Genosse Lipinski hielt denn auch seine Erklärungen wohnlichlich aufrecht und konnte hinzufügen, er habe erst dieser Tage mit den höchsten Reichsstellen verhandelt und sein Vorgehen sei gebilligt worden.

Auf demselben Akte wie die Erklärungen der Bürgerlichen zu den Drageschumtrieben, standen bürgerliche Versuche, dem Genossen Fleißner aus Verammlungsüberzeugungen einen Strich zu drehen. Mit Recht hatte er in einer Verammlung darauf hingewiesen, daß in der geschichtlichen Entwicklung die Anwendung von Gewalt eine feststehende Tatsache sei. Nur Leute, denen das ABC der gesellschaftlichen Entwicklungslehre abgeht, können leugnen, daß Verfassungen keinen Ewigkeitswert haben. Es bleibt deshalb natürlich eine billige bürgerliche Agitationsphrase, daß ein Minister, der dieser Selbstverständlichkeit Ausdruck gibt, als Minister nicht geeignet sei. Genosse Fleißner schloß denn auch seine Rede, in der er die rechte Seite des Hauses vorzüglich glorierte, mit der Bemerkung, daß er von dem nichts zurückzunehmen habe, was er als Verammlungsredner ausgeführt hat.

Bemerkenswert aus der Landtagssitzung war noch die Behandlung der Frage der Arbeitsruhe am 9. November. Die Bürgerlichen benutzten die Gelegenheit zu einem neuen Vorstoß gegen Revolution und Republik. Der deutschnationale Redner verteidigte sich sogar zu der Behauptung: Selbst der schwächste Monarch unter dem absoluten System hätte nicht soviel Unheil angerichtet wie Hoffmann und Erzberger. Seine Rede bezeichnete selbst der Präsident als „höchste Provokation“. Es kam zu kühnen Szenen. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen der Antrag angenommen, die Regierung zu erziehen, baldigst ein Gesetz vorzulegen, das den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen erklärt.

Bei der Behandlung eines Antrages, die sächsische Regierung zu ermächtigen, den sächsischen Beamten die Beiträge zu bewilligen, die das Reich den Reichsbeamten zuweisen wird, erklärte unklar Genosse Liebmann daß die Regelung des Reiches nicht anerkannt werden könne, weil sie den höheren Beamten hohe Bezüge unter Zurücksetzung der unteren Beamten ungerechtfertigt gewährt.

Ein Antrag, die Vorschläge zu gewähren, jedoch für die höheren Beamten nicht in der vom Reich vorgesehene Höhe, wurde abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien versuchten, die Debatte als bequemeres Agitationsmittel gegenüber der Beamtenschaft angesichts der nächsten Sonntag stattfindenden Stadtverordnetenwahlen auszunutzen. Dies ist ihnen vorbelungen.

Hungerstreik in Italien. Im Gefängnis von Bari sind 40 seit Mai verhaftete Sozialisten zum Protest gegen den weiteren Aufschub ihres Prozesses um 6 Monate in den Hungerstreik getreten.

Eine Erinnerung an Kurt Eisner

Von D. Eisner

Es war in den ersten Wochen des Jahres 1919. Ich kam aus Wien, wo ich seit dem 8. November gewesen war, und unterbrach meine Rückfahrt nach Berlin, wie ich es immer hielt, in dem kleinen bayerischen Städtchen Marktweid. Im Bahnhofshotel, dem Stammlokal der Industriellen, war die Erregung groß. Es sollten zwei Wahlobererwerbungen stattfinden, in der einen sollte der Ministerpräsident Kurt Eisner selbst, in der anderen Müller-Reinigen reden. Aber nur der elegant uniformierte Müller war mit seinem „Adjutanten“ in einem wunderbaren Auto gekommen. Es war in der damaligen Zeit des fast erloschenen Verkehrs eine blendende Aufsicht gewesen und man hatte ihm denofast in dem geheiligten Trakt des Hauses die besten Zimmer zur Verfügung gestellt.

„Kurt Eisner soll auch kommen“, flüsterte mir der Bize ins Ohr. „Seit zwei Tagen fährt er uns schon warten. Aber passen Sie mal auf, der kommt nicht, neben dem Müller kann der sich doch nicht hören lassen.“

Am nächsten Morgen betritt dann so gegen 10 Uhr ein Stubengelehrter die Gaststube, im Schlafrock, mit wirrem, grauem Haar einem langen, rötlich grauen Spitzbart mit engen, kleinen Bewegungen, die Aufmerksamkeit unter dem Arm. Kein Mensch beachtet ihn. Er ist nachts gekommen und er hätte im ungeheizten Zimmer übernachtet müssen, wenn nicht einer seiner Begleiter ein bittendes Wort für den „älteren Herrn“ eingelobt hätte.

Um elf Uhr steht dieser Stubengelehrte dann an dem geöffneten kleinen Fenster des Rathauses und spricht zu einer Menge, die geduldig seit Stunden unter freiem Himmel auf ihn wartet, weiß der größte Saal der Stadt sie nicht lassen kann. Trotz des weiten Platzes quillt sie auch jetzt noch aus allen Fenstern bis zu den Markgrafen- und Lodenluden hinauf.

Schritt unter dem Schieferdach, oben Erker ist eine Steinplatte eingelassen mit der Jahreszahl 1642 und dem in bunten Lettern gemalten Spruch:

Ich Gott, gib Fried, welcher erucht,
Und stur dem Krieg, der alles verzehrt.
Zerbrich die Schwerdt, Spieß, Bogen und Pfeil,
Gib uns die Fried, dort Ewiges Sey!

Darunter reden sich, Zeugen für die noch immer lebendig Bahrt des ersten Tages, die ausgemergelten Körper der Industriearbeiter und Arbeiterinnen, untermischt mit Soldatengesichtern und einigen porträtierten Elementen. Es sind auffallend viele Berliner da, Leute, die den letzten Zug von Berlin erwisch haben,

während draußen schon um den Anhalter Bahnhof gekämpft wurde und die nicht weiterkönnen.

Kurt Eisner fährt an. „Volksgenossen — — —“ Er trägt, hochmals: „Volksgenossen — — —“ Er trägt hoffnungslos. Aber dann fährt er diesen Scherben von einer Stimme mit ungeheurer Energie an und entschuldigend sich zuerst bei den Marktreidigern. Gewiß, sie hätten zwei Tage umsonst gewartet, aber das Auto wollte nicht und tags vorher hätte er schon in drei Versammlungen reden müssen. — Die Marktreidiger mühten schon Geduld haben. Frühere Ministerpräsidenten seien darin ja plünderlicher und zuverlässiger gewesen, die seien überhaupt nicht in Volksobererwerbungen gegangen.

Dann wird er ernsthaft. Die Revolution sei der einzige Weg gewesen, den Krieg zu beenden. „Lüge!“ ruft einer aus der Menge. Und während die Marktreidiger drastisch gegen den Zwischenrufer werden, sagt Kurt Eisner: „Früher hätte er einem Ministerpräsidenten nicht entgegenzutreten gewagt, laßt den Reichsagen auf sich beruhen.“ Dann erzählt er, wie es zur Revolution kam: Die nationale Verteidigung hätte die Tiroler Platte Bayerns entblößt, die Gefahr war unvermeidlich, daß nach dem österreichischen Zusammenbruch die Italiener das Land überschwemmt hätten. Da kamen die niederbayerischen Bauerführer am 7. November nach München, und mit ihnen gemeinsam machte man die geistig längst vorbereitete gewaltige Revolution, eine Revolution, die von München aus dem ganzen deutschen Volk die Freiheit gegeben habe.

Dann nimmt er sich Müller-Reinigen vor. Er zerreißt ihn in kleine, erbaunungswürdige lächerliche Fetzen. „Pimperl Weid“, nannten ihn Eingeweihte. Noch im März 1918 sei er so dumm gewesen, nicht zu merken, wie es stand. Da habe er noch eine Schritzt veröffentlicht: es gäbe jetzt keinen Verhandlungsfrieden mehr, jetzt gäbe es nur noch einen Eroberungsfrieden.

Und als ein neuerlicher Zwischenruf Berlin für alle Eroberungsgelüste verantwortlich machen will, fährt er den Unglücklichen an: Es sei niemand — — — er könne, und so wolle er den Herrn in Nächstenliebe aufklären. Was er jetzt sagen werde, habe er noch nicht veröffentlicht, aber da er angegriffen würde, sage er es trotzdem hier. Graf Hertling habe es in einem streng vertraulichen Akt niedergelegt, und nur Angst gehabt, die Sache könne bekannt werden. Am 15. August 1914 habe der preussische Gesandte in einer Audienz Ludwig III. für die Tapferkeit der bayerischen Truppen gedankt. Und was sagte Ludwig III. darauf? „So geht's nicht mehr wie 1870. Jetzt müsse Bayern auch etwas haben.“ Esah müsse bayerisch werden, usw. usw. Und in einer weiteren Unterredung mit Erzberger wolle sich Ludwig III. auch noch auf Kosten Badens und Württembergs abruben. Als sei ein Volk so verraten worden, wie das arme, gebuldige deutsche Volk.

Jetzt kommt Feuer und Schwung in die trank, ironisch überlegene Stimme. Mit schärfenden Armbewegungen richtet er einen Appell an das souveräne Volk, verwirft es auf sein Recht, auf Wohlstand und Glück und schließt mit den Worten: „Lebt! Rettet Euch! Helft der Freiheit!“

Was dann noch an Gegenrednern in dem schmalen Fenstern erscheint, den Industriellen, der den Ministentag für Deutschlands Ruin erklärt und den Feldgrauen, tut er mit einem Schlag seiner trefflicher schlagenden Antwort leicht ab. „Unsere Sache heißt nicht zerstören, auch nicht Verbrechen begehen oder schädigen. Wir rächen uns, indem wir sie nicht mehr regieren lassen. Betrug ist keine Arbeit, sondern ist Vernichtung und Ausrüstung der Arbeit.“

Dann fährt das Feldgraue Auto vor, und umdrängt von der Menge, verläßt Kurt Eisner die kleine Stadt. Sie hat wohl heute schon vergessen, daß einmal einer auf Stunden da war, um ihr politisches Leben zu geben.

Später, nicht viel später, wurde der Räuber dieses Mannes als eine Art Nationalheldiger gefeiert, und sein Bild tauferte auf den Geldscheinen des Landes.

Auch dieses ist ein Beweis, daß es nationales Schamgefühl nicht gibt.

Göh von Berlichingen

Großes Schauspielhaus

Denken wir heute an Goethes „Göh“, so liegt uns immer der Vergleich mit einem anderen Drama aus den Bauernkriegen nahe: der Vergleich mit Hauptmanns „Florian Geier“. Und er liegt diesmal um so näher, als erst vor einigen Monaten das Hauptmannsche Revolutionsdrama über die Bühne gegangen ist, auf der wir heute den „Göh“ sehen. Eins wird bei diesem Vergleich sofort deutlich: Hauptmann ist uns näher. Goethe gehört trotz seiner überragenden Größe einer Zeit an, aus der wir, aber besser, aus der unsere Zeit herausgemacht ist. Ein historisches Stück (und „Göh“ wie „Geier“ sind historisch) ist nicht so ausschließlich von der dichterischen Kraft und Phantasie seines Schöpfers abhängig wie manch andere Dichtung, es muß sich sich stützen auf historische Quellen und Forschungen; der Autor ist gleichsam abhängig von dem Stand der jeweiligen Geschichtsforschung. Und in der Tat ist Hauptmanns „Geier“ gerade um soviel reicher und stärker an historischer Einfühlung und Darstellung, wie die Geschichtsforschung (trotz aller Mängel) seit Goethes Zeit an Tiefe und Wahrheit zugenommen hat.

Zwei wissen heute, daß wirtschaftliche Gründe die realistischen Ereignisse bedingen, daß die Verhältnisse stärker sind als die Personen, und daß nicht einzelne Menschen (auch nicht die sogenannten „Helden“) die Entwicklung und die Zeit ihrer Zeit bestimmen, sondern daß umgekehrt die Zeitverhältnisse es sind, die die Entwicklung des einzelnen Menschen bestimmen.

